



»30 JAHRE NACH DER WIEDERVEREINIGUNG«

GERHARD REIN

im Friedenskreis Pankower am 06. März 2020

im Gemeindehaus, Breite Str. 38, 13187 Berlin Pankow

Alles, was ich hier großmäulig aufzähle, kennt Ihr besser als ich.

Ich trage also Eulen nach Athen. Und dass ich hier kurz etwas sage, müsst Ihr Hans Misselwitz anlasten, der mich darum gebeten hat, und wer von uns kann Hans im Ernst etwas abschlagen? Ich jedenfalls nicht.

Aber ich beginne, zielstrebig zum Thema führend, und passend zum VorMerz, in dem wir mitleidende CDU-Affinen uns befinden, mit einer für mich skurrilen Aussage von *Friedrich Merz*, aus der vorigen Woche: Friedrich Merz ruft in einer talkshow: „*Bodo Ramelow* ist nicht vom Himmel gefallen, sondern aus dem Westen nach Thüringen gekommen.“ Ist das aber nicht dasselbe? Himmel und Westen? Für einige Wessis bestimmt und vormals für einige Osis auch. Aber wer, wie ich, vor zwei Tagen, am Mittwoch, die Rede Bodo Ramelows im Thüringer Landtag, nach seiner Wahl, gehört hat, hoch über den üblichen Phrasen und Klischees seiner Kolleginnen und Kollegen aus der Politik, fragte sich einigermassen irritiert, auch erstaunt, ob er vielleicht doch nicht aus dem Westen, sondern aus dem Him... Das wird man ja doch noch mal denken dürfen, im Keller eines evangelischen Gemeindehauses, oder?

Als wir im Oktober und November des letzten Jahren dreißig Jahre Mauerfall und Friedliche Revolution massenhaft gefeiert oder gerade noch ertragen haben, war uns ja bewusst, dass sich durch den politischen Umbruch im Osten fast alles, und im Westen fast nichts geändert hat.

Das haben auch die offiziellen Zahlen im jüngsten Bericht der Bundesregierung zur Lage des Landes bestätigt: Der Lebensstandard im Osten nähert sich dem Lebensstandard im Westen an. Die Bezahlung für vergleichbare Arbeitsplätze ist nicht auf dem gleichen Niveau. Die Arbeitslosigkeit im Osten ist höher als im Westen.

Der Transformationsprozess ist im Gange, aber attraktive und besser bezahlte Arbeitsplätze finden sich nach wie vor im Westen Deutschlands.

Junge, qualifizierte Menschen, mehr Frauen als Männer verlassen immer noch den Osten. Im DAX-30-Index ist kein einziges Unternehmen in Ostdeutschland verzeichnet. Nur eines der zahlreichen großen deutschen Industrieunternehmen hat seine Zentrale in Ostdeutschland. Nach der Vereinigung beider deutscher Staaten haben im Osten rund 80 Prozent der Top-Jobs an den Universitäten, in der Wirtschaft, im staatlichen Dienst Westdeutsche übernommen.

Aber belassen wir es hier bei den offiziellen Daten. Ihr kennt sie ja alle.

Sie haben Wut, Enttäuschungen, Depressionen, Zorn ausgelöst und die DDR in eine „Zone der Verwundbarkeit“ verändert.

Um herauszufinden, was wirklich schief gelaufen ist, und wie wir die Wunden heilen können, gibt es Stimmen, die in Deutschland eine Wahrheits- und Versöhnungskommission für sinnvoll halten. *Wolfgang Schäuble* hat vor vier Wochen der Süddeutschen Zeitung erzählt, *Helmut Kohl* habe nach den ersten Irritationen im deutschen Einigungsprozess gemeint, uns fehle hier ein *Nelson Mandela*. Den haben wir nicht. Wir müssen aber darüber nachdenken, wie wir Zeiten der Gemeinsamkeit finden und nicht zulassen, dass Identitäten weiterhin zerstört werden.

Zu den uneingelösten Versprechen der Zeit der Friedlichen Revolution gehört, „das Grundgesetz

durch eine Verfassung zu ersetzen, die von dem deutschen Volk in freier Entscheidung beschlossen“ wird. So steht es in unserem Grundgesetz, Artikel 146.

Der Verfassungsentwurf des Runden Tisches in der DDR enthält Elemente, die in eine neue, gemeinsam zu schaffende Verfassung aufzunehmen wesentlich wäre.

Wenn das nicht geschieht, bleibt ein qualifiziertes Element des Vermächnisses der Friedlichen Revolution ungenutzt. Erfahrungen von Selbstbefreiung und wieder gewonnenes Selbstbewusstsein können Gemeinsamkeit stärken und Verwundbarkeit überwinden.

Lothar de Maiziere hat schon im Jahr 1990 gemeint, die Diskussion um eine nötige gemeinsam zu schaffende neue deutsche Verfassung sei „das Geschwätz von Intellektuellen“. Ist das so? Wie sollen wir aber damit umgehen, dass Deutschland offiziell vereint ist, mental aber geteilt.

Kann die Arbeit an einer neuen Verfassung, die unser Grundgesetz vorschreibt, und die vom ganzen Volk ratifiziert werden muss, unsere Spaltungen überwinden?

„Ich bin dafür, dass das, was sich bewährt hat, und zwar auf beiden Seiten, von uns übernommen werden soll. Es gibt auch Entwicklungen in der DDR in diesen 40 Jahren, die es sich sehr lohnt anzusehen“. So, Ihr ahnt es schon, *Helmut Kohl* im Februar 1990. Aber zur Einberufung einer verfassungsgebenden Versammlung ist es nie gekommen.

Wäre es für Ostdeutsche ein Zeichen der Gemeinsamkeit gewesen?

Wann immer ich in letzter Zeit diese Frage Freundinnen und Freunden, Osis und Wessis, gestellt habe, gab es überwiegend skeptische Antworten.

Jetzt sei nicht die Zeit. Das Grundgesetz habe sich doch bewährt, (auch wenn es seit 1949 mehr als fünfzig Mal verändert wurde). Sei es nicht geradezu gefährlich, weil die Rechten die Debatte benutzen würden, es nationalistischer zu gestalten? Und so weiter und so weiter...

Aber merkwürdigerweise haben im Kontext der Erinnerung an den politischen Umbruch 1989 immer mal wieder Menschen die Frage nach einer neuen Verfassung als stärkendes Element eines Selbstwertgefühls angesprochen. Aus unserer Umgebung: *Werner Schulz* hat in einem Beitrag in der Zeitung „Die Welt“ darüber nachgedacht, *Hans Misselwitz* hat anhand seiner Erfahrungen bei den 2plus4 – Gesprächen darüber geschrieben. Vor zwei Tagen hat *Ilka-Sascha Kowalczyk* in der Süddeutschen Zeitung gefordert, neben einer neuen Verfassung müsse vor allem eine neue Hymne zustande kommen. Da wir so gerne und so gut singen, wäre es für unseren Kreis eine Herausforderung, darüber im Ernst nachzudenken. Dass wir die dritte Strophe eines Gedichtes singen, deren erste beide Strophen zu recht zu singen verboten sind, ist doch absurd.

Und zuletzt:

Paul Tillich, Theologe und Philosoph, einer meiner heimlichen Helden, der erste Professor, der 1933 von einer deutschen Universität verbannt wurde und in die USA emigrierte, ein Protestant, schrieb:

„Der Ort der Grenze ist der fruchtbarste Ort der Erkenntnis“.

Die Grenze zwischen Heimat und Fremde, zwischen Religion und Kultur, zwischen Sozialismus und Kapitalismus. So Paul Tillich.

Ich vermisse diese Grenze.